



verwaltungstechnisch vereinfacht werden. Aber mit einem Male war die steuerliche bürgerliche Einheitsfront der Vorkriegszeit wiederhergestellt, als es sich darum handelte, die Steuerbefreiung des Ehegatten durchzudrücken. Davon, daß die tragfähigen Schultern auch belastet werden müssen auf dem Gebiete der Erbschaftsteuer bis zur Grenze des Menschenmöglichen, war nicht mehr die Rede.

Die verhängnisvollen Wirkungen dieses Umlernens blieben zunächst verschleiert, da die Geldentwertung den ganzen Ertrag der Erbschaftsteuer ohnehin aufzehrte. Um so deutlicher treten sie jetzt zutage. In dem ersten Vierteljahr des Rechnungsjahres 1924 brachte die Erbschaftsteuer noch nicht 3 Millionen Goldmark. Obgleich der Voranschlag für diese Zeit nur den lächerlich geringen Betrag von 7,5 Millionen vorsieht, bleibt das tatsächliche Aufkommen doch um 60 Proz. dahinter zurück. Gewiß wirkt sich in dieser Tatsache die große Verarmung Deutschlands aus und auch die vielfältigen, immer noch erfolgreichen Steuerhinterziehungsmethoden der Besitzenden treten hier in Erscheinung. Der allergrößte Teil dieses Gehaltbetrages von 4,5 Millionen aber kommt auf das Konto der Ehegattenbefreiung. Wie Dr. Luther zugibt, wird von dieser Vorchrift weitestgehender Gebrauch gemacht. Die Mehrzahl der Erbansätze in Deutschland sind infolgedessen Jahre hindurch steuerfrei, denn jeder der großen Erblasser, die mit Hilfe ihrer Steueranwälte alle Vorteile des Gesetzes auszunutzen verstehen, setzt zunächst seinen Ehegatten zum Alleinerben ein.

Kann jemand behaupten, daß das Reich in der Lage sei, auf diese Einnahme zu verzichten? 1919 waren alle bürgerlichen Parteien der Ansicht, daß außerordentliche Umstände außerordentliche Maßnahmen verlangten. Aber sind diese außerordentlichen Umstände inzwischen überwunden? Befindet sich das Reich heute nicht in ungleich schlimmerer Finanzlage als 1919? Wenn aber die Besitzenden jetzt wieder behaupten, die Besteuerung des Gattenerbes gefährde den Familiensinn, dann ist das nichts als Heuchelei. Ist der Familiensinn in den Ehen der Besitzlosen, die gar kein Vermögen zu vererben haben, vielleicht deshalb geringer als in denen der Besitzenden? Und mit Recht sagt die Begründung zum Entwurf des Gesetzes von 1919:

„Für die Höhe der Besteuerung auch des Gattenerbes aber kommt im übrigen in Betracht, daß angesichts der Opfer, die allen Volkstrassen zur Deckung der ungeheuren Kosten des Reiches zugemutet werden müssen, auch hier bis zur Grenze dessen gegangen werden muß, was noch erträglich erscheint, und daß vor allem die besitzenden Kreise hierbei in weitestem Maße herangezogen werden müssen.“

An den hier entwickelten Grundgedanken festzuhalten, ist heute dringender als je geboten. Nachdem der Großbesitz die Preisgabe dieses Grundgesetzes in raffinierter Weise dazu ausgenutzt hat, die Staatsinteressen seiner eigenen egoistischen Interessen unterzuordnen, muß die im Jahre 1922 eingefügte Gesetzesvorschrift gestrichen werden.

## Der bittere Kelch.

Auffüllen der Gestäubten.

Genosse Scheidemann hat den Nationalisten im Reichstag einen bitteren Kelch gereicht, ihre Schuld, ihre innere Verlogenheit, ihre Heuchelei erbarmungslos aufgedeckt. Die „Germania“ stellt fest, daß die Deutschnationalen die Stämpfung ziemlich schweigend hingenommen haben in der Hoffnung, daß auch dieser Kelch einmal vorübergehen müsse. Es ist besser für den schuldbehafteten Infulpaten, daß er schweige bei müßiger Stäubung, um die Härten zu vermeiden.

Aber die Presse des Schwindelnationalismus schreit auf unter der Weisung. Sie möchte den Inhalt der Scheidemann-Rede umfassen in ein Attentat gegen deutsche Interessen. Das ist ihre Reaktion auf die Hiebe! Wir geben die Aufschreie der Betroffenen wieder:

Deutsche Tageszeitung: „So sei festgestellt, daß der Redner die Schwammigkeit behält, dem Auslande gegenüber Deutschland

der systematischen Kriegsverlängerung zu zeihen und durch Betonung des Wortes „Alleinschuld“ indirekt sein Geburtsland (ein Vaterland hat wohl ein Genosse nicht) als mitschuldig am Kriegsausbruch hinzustellen.“

Lokal-Anz.: „Und Herr Scheidemann wurde so Gelegenheit gegeben, seinerseits, von dem Sahe ausgehend, daß kein Mensch in Deutschland an die Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg glaube, in die tiefsten Tiefen demagogischen Parteigezänktes hinabzustiegen.“

Der Tag: „Scheidemann spricht. Und das wurde die Bedeutung, die wenig erbauliche Bedeutung des Tages. Man hat sich zu sehr daran gewöhnt, über diesen Mann lächelnd die Köpfe zu zucken; man hat über dem billigen Pöbelwort von der „verdorrenen Hand“ zu leichtfertig das große, wirkliche Schuldkonto dieses Demagogen vergessen, man hat vergessen, daß er gefährlich war und gefährlich ist...“

Run spricht er sein Gift wie eine Ratter an heißen Tagen, wie eine Ratter, die lange geparkt. Er hält eine pedantisch durchgearbeitete und eitel stilisierte Rede, nur zu dem einzigen, noblen Zweck, den Satz von der Unschuld am Kriege, den Satz von der Unschuld seiner Heimat zu entkräften. Mit Lehenswertem, unheimlichem Ratteneifer schleppt er Zitate und Argumente aus allen Kellerlöchern zusammen. Oben in der Diplomatentöse spitzt man die Ohren ob dieses pathetisch schwingenden Entfälscherlatschens.“

Es ist begreiflich, daß die Leute der Scherl-Presse, der Leiborgane Wilhelms des Landstüchtigen, am lautesten und widerwärtigsten aufheulen bei der Aufdeckung ihrer Schuld. Sie werden den bitteren Kelch bis zur Reize trinken müssen!

## Das deutschnationale Doppelspiel.

Geheerlich vor den Wählern, staatsmännisch im Reichstag.

Gestern fiel es im Reichstag allgemein auf, daß die deutschnationale Fraktion für ihre „große Aktion“ gegen das Sachverständigengutachten keinen anderen Namen vorzuschlagen hatte als den hiederer Bürgermeister von Schöneberg, der weder in keinem Amte noch als Reichstagsabgeordneter als Beachte gilt. Wenn die Deutschnationalen, die das Sachverständigengutachten als ein zweites Versailles bezeichnen, wirklich ernsthaft gegen dies zweite Versailles kämpfen wollen, dann hätten sie die Möglichkeit gehabt, diesen Kampf gestern mit Energie zu führen. Statt dessen lassen sie einen Redner dritter oder vierter Garnitur sprechen, und dieser Redner beschränkt sich dazu noch darauf, zur Kriegsschuldfrage die langweiligsten Dinge vorzutragen. Selbst der „Lokal-Anz.“ hat ein Gefäß dafür, daß die Deutschnationalen mit dieser Taktik nicht sonderlich glücklich operiert haben. Er bedauert, daß man dadurch nur Scheidemann Gelegenheit zu einer gründlichen Abfertigung der deutschnationalen Heuchelei gegeben habe.

Es ist nicht uninteressant, die professoral langweilige Rede des Herrn Berndt von der Tribüne des Reichstages mit dem zu vergleichen, was Herr Berndt in seiner engeren Heimat Schöneberg seinen Wählern zu erzählen pflegt. Noch vor 14 Tagen, am 3. Juli, sprach er in einer deutschnationalen Versammlung der Hohenzollern-Realschule in Schöneberg über „Die Not und das Sachverständigengutachten“. In dem Bericht über seine damalige Leistung: er heißt es:

„Das Sachverständigengutachten in seiner jetzigen Gestalt müsse abgelehnt werden. Das Volk habe sich am 4. Mai gegen die Regierung Marx-Stresemann ausgesprochen. Wir haben eine Minderheitsregierung, hinter der nur 138 Abgeordnete stehen. Ober habe gegenüber den Deutschnationalen als ausgesprochener Parteimann gehandelt. Er muß sobald wie möglich von seinem Platz verschwinden, entweder freiwillig oder gezwungen. (Lofender minutenlanger Beifall.) Die Regierung muß gestürzt werden, und dann müssen die Deutschnationalen hinein in die Macht und die Regierung. Er könne voraussetzen, daß die Regierung spätestens mit Ende des Monats bei Beratung des Sachverständigengutachtens verschwinden werde. (Großer Beifall.) Das Gutachten selbst sei schlimmer als ein zweites Versailles... Stresemann erkenne gewissenslos die Schuld Deutschlands an. Wer das tut, ist entweder ein Verdrücker oder ein Verbrecher... Diese Regierung, die das Volk systematisch belügt und betrügt, gehört vor den Staatsgerichtshof... Die

Deutschnationalen stellen in bezug auf das Gutachten ihre Bedingungen, besonders in betref der Ehrenpunkte. Werden ihre Bedingungen nicht angenommen, dann erfolge Ablehnung des Gutachtens — lomme, was da wollte.“ (Großer Beifall.)

Herr Berndt hat damit vor seinen Wählern nichts anderes gesagt, als was die Deutschnationalen im ganzen Lande reden. Nur zeigt seine Rede im Reichstag und das Verhalten der Fraktion ganz eindeutig, daß die Deutschnationalen ihr politisches Handeln anders einzurichten beabsichtigen. Die deutschnationale Parteileitung scheint bereits Anweisungen an ihre Organisationen ausgegeben zu haben, mit denen sie ihre Umlauf vorbereiten will. Wenigstens versendet die Deutsche Volkspartei in Sachsen ein Rundschreiben an ihre Mitglieder, in dem es heißt:

Es ist interessant, was uns heute durch den Ortsverein Berdau mitgeteilt wird. Direktor Schmidt, erster Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei Berdau, hat unserem Vorsitzenden mitgeteilt,

daß er von seiner Partei in Berlin Anweisung erhalten habe, nichts gegen das Sachverständigen-Gutachten zu unternehmen,

und hält einen Vortrag aus diesem Grunde für überflüssig. Aus diesen Zeilen ist klar ersichtlich, daß sich also auch bei den Deutschnationalen in der Frage des Sachverständigen-Gutachtens ein Stimmungsumschwung bemerkbar macht. Wenn trotzdem Dr. Müller (ein deutschnationaler Agitator, D. Red.) heute noch im Lande umherzieht, so ist dies als ein eigenmächtiges Vorgehen zu betrachten, was schließlich nur auf den persönlichen Ehrgeiz dieses Vertreters zurückzuführen werden kann. Sollten in diesem oder jenem Orte Versammlungen der Deutschnationalen oder der industriellen Vereinigungen gegen das Sachverständigen-Gutachten stattfinden, so dürfte es angebracht sein, wenn unsere Parteifreunde auf die Anweisung der Deutschnationalen Volkspartei aus Berlin eingehen würden.“

Aus diesen Anweisungen der deutschnationalen Parteileitung und aus der Rede des Herrn Berndt geht ganz klar hervor, was die Deutschnationalen wollen. Sie wollen das Volk über ihre wirklichen politischen Absichten belügen, sie bewegen die nationalistische Hege zur Aufpeitschung der Leidenschaft und wollen selbst nur — an die Macht. Sie wollen die Verfügung über den staatlichen Verwaltungsapparat, sie wollen die Rückkehr zum alten Obrigkeitsstaat — das Sachverständigen-Gutachten ist ihnen höchst gleichgültig. Die Kosten, die dadurch Deutschland auferlegt werden, bieten ihrer Meinung nach höchstens eine günstige Gelegenheit, dem Volke dauernd eine Verlängerung der Arbeitszeit und neue Steuerlasten zu diktiert und im übrigen zu den alten schönen Zeiten zurückzuführen, wo der Unternehmer „herr im Hause“ war. Die Deutschnationalen haben dabei nur vergessen, mit dem „Herrn im Hause“, dem deutschen Volke, zu rechnen. Das wird schon dafür sorgen, daß dieser Heuchlerbande ein Strich durch die Rechnung gemacht wird.

## Judenhass im bayerischen Landtag.

München, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Beratungsausschuß des bayerischen Landtags führte am Sonntagabend vormittag die Beratung über den völkischen Antrag zur Judenfrage zu Ende, der eine große Reihe tief eingreifender Beschränkungen gegen die Juden als Staatsbürger verlangt. U. a. wird gefordert, daß Ramensänderungen, die seit 1. August 1914 vorgenommen wurden, rückgängig zu machen sind, daß Juden zu Staatsprüfungen nicht mehr zugelassen werden und daß sie insbesondere nicht mehr als Professoren an den Hochschulen zugelassen sind, daß ihnen der Zugang zum Staatsdienst gesperrt werden soll und daß die im Staatsdienst beschäftigten Juden sofort abzubauen seien. Ferner, daß das Juden verboten ist, Band zu erwerben und daß schließlich alle seit 1914 eingewanderten Juden auszuweisen und ihr Vermögen zu beschlagnahmen ist. Dieser Antrag wurde abgelehnt in der Erwägung, daß seine Annahme unmöglich ist, nicht so aus Gründen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, sondern vor allem, weil Reichs- und Landesverfassung ihm entgegenstehen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten, also mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und selbstverständlich der Deutschnationalen, wurde folgender Antrag angenommen:

1. Die Staatsregierung ist zu ersuchen, den Angehörigen der jüdischen Rasse in der Regel die Genehmigung zur

## Für unser Recht...

Von Erich Ruttner.

Zu Augustbeginn werden wir auf Geheiß der hohen Reichsregierung feierlich demonstrieren. Erstmals gegen diverse Lügen: die Lüge von der Kriegsschuld, die Lüge, daß wir den Krieg geführt, die Lüge, daß wir den Krieg verloren hätten usw. usw. Dann aber natürlich auch positiv: für die Erlaubnis, daß Wilhelm nach Deutschland zurückkehrt, für die Verfertigung Ludendorffs in den verschärften Belaghaushalt und — ganz besonders — für unser Recht!

Für Deutschlands vergewaltigtes, mit Füßen getretenes Recht! Vergewaltigt, mit Füßen getreten... natürlich von den anderen.

Mit unserem eigenen Recht! Sieht es dagegen so aus: Beschloß da jüngst ein Reichstagsauschuß, daß gegen die Urteile gewisser Standgerichte, gegen Urteile, die auf Grund summarischen Verfahrens und ohne Appellationsmöglichkeit gefällt waren, nach Jahr und Tag das Wiederaufnahmeverfahren zulässig sein sollte.

Wohlgemerkt: nicht Berufung oder Revision, sondern Wiederaufnahme!

Das Wiederaufnahmeverfahren ist der letzte Rotanker des Strafrechts. Wiederaufnahme bedeutet: Einer ist wegen Mordes zum Tode verurteilt, rechtskräftig, wartet auf seine Hinrichtung in der Zelle, als der „Er mordete“ quatschhergnügt von einer Bekreife zurückkehrt... Oder das Dienstmädchen sitzt wegen Diebstahls im Gefängnis, da findet die Gnädige den gestohlenen Brillantschmuck genau in der Toiletenschublade, in die sie ihn nach dem letzten Ball aus begreiflicher Zerknirschtheit hineingeworfen hat...

Oder: Einer sitzt wegen Landesverrats im Zuchthaus. Kommittee Gelehrte weisen nach, daß das Urteil nach allen Regeln windschief ist: weder war die veröffentlichte Urkunde geheim noch geschah ihre Veröffentlichung zum Schaden des Deutschen Reiches, und selbst im Begehungsfall wäre das Defizit bei keiner Aburteilung längst verjährt gewesen.

Kurz und gut: der Blindste sieht ein, daß es empörend wäre, wenn es in solchen Fällen nicht ein Mittel gäbe, nicht nur etwa die Strafe im Gnadenweg zu erlassen, sondern auch die Ehre des unschuldig Verurteilten wiederherzustellen. Dies Mittel verweigern, heißt Justizmorde mit vollem Bewußtsein verweigern, heißt, mit jodistischer Wollust zu Unrecht Verurteilten die Rehabilitation vorkerkeln.

Deshalb war es nur selbstverständlich, wenn der Reichstagsauschuß dies Mittel gab, wo es unglücklicherweise fehlte: gegen die Urteile der bayerischen Standgerichte. Bei denen es um so nocheiniger war, als diese Volksgenossen unter Befreiung der elementarsten Rechtsgarantien für den Angeklagten und ohne Berufungsmöglichkeit ihre Urteile gefällt hatten.

Über die bayerische Regierung — und mit ihr die bayerischen

Ordnungsparteien — führen gegen diesen Beschluß Indignationstänze auf. Sie sehen darin eine Vergewaltigung des bayerischen Rechts.

Schlussfolgerung: die bayerische Regierung hält es für gerecht und in der Ordnung, daß der wegen Ermordung unschuldig Verurteilte auch fernerhin von jedem Gassenbuben als Mörder beschimpft werden darf. Sie hält es in der Ordnung, daß das unschuldig verdächtige Dienstmädchen auch weiterhin mit dem Rabel des Diebstahls behaftet bleibt. Sie hält es schon für ein großes Entgegenkommen, wenn solchen unschuldig Verurteilten ein etwa noch nicht verbüßter Strafrest im Gnadenwege erlassen wird. Vorbestraft mögen sie weiter bleiben. Und natürlich ist es der Gipfel der Gerechtigkeit, wenn der unschuldig wegen Landesverrat verurteilte Fehrenbach ohne Recht, ja selbst ohne Gnade seine zwölf Jahre Zuchthaus zu Ende verbüßen muß.

Das ist unser Recht, das ist Deutschlands vergewaltigtes, mit Füßen getretenes Recht, für das wir am 3. August demonstrieren sollten! Denn ehe man über den Schmutz schimpft, den einem die anderen hineinragen, muß man wohl zunächst einmal seinen eigenen Unrat in den vier Wänden beiseitigen.

Aber: Verweigerung der Wiederaufnahme und dann Protest gegen die Vergewaltigung Deutschlands — wie macht man das mit gutem Gewissen, Herr Held, Ministerpräsident Bayerns?

## Betrachtung.

Wenn ich morgens meine Zeitung aufschlage, lese ich:

„Mord im Wald!“

„Raubmord im Hause bei hellstem Tage!“

„Blutbad eines Fünfzehnjährigen!“

Ich gehe mit meiner kleinen Susi, einer Bulldogge, deren gequertätes Köpfchen sich aus dem Maulkorb schiebt, vergnügt die Leipziger Straße entlang; zwei ziemlich schwere Pakete baumeln in jeder Hand. Ich sehe, daß die Rasse meines Hundes unbedeutend von Leberriemen in die Luft ragt. Und sehe im selben Moment einen Schuhmann auf mich losstreben.

Wir wird befohlen, mich sofort mit ihm auf die Wache zu begeben!

Ich zog die Riemen des Maulkorbes wieder über Susis Nase, aber alles nützte nichts, ich mußte mit.

Im Wachtlokal: außerordentlich viel schöne, neue, grüne Uniformen. Nach allerlei Protesten wird mir von einem Mitführenden erlaubt (ich habe das Gefühl, als ob die anderen alle mich haßten und als Ausbund von Gemeinheit beträhteten), nach Hause zu telefonieren, daß ich einige Stunden später zum Mittagessen kommen würde.

Das Wachtlokal ist lauber. Die hässliche Bank, auf der ich — unter Bewachung — Platz nehme, ist hart. Ich starre auf eine kleine Tür mir gegenüber, da steht: „Abort für Zwangsgehaltene“. Das Wort Zwangsgehaltene löst in mir Erinnerungen an Schredens-

zonen des Mittelalters mit Zwangsjochen, Zwangsfüßeln und Käbern aus.

Da geht die Tür auf. Ein altes Mütterchen wird heringebraut. Aus ihren Personaten, die sie mit zitterndem Stimmchen dem protokollierenden Grundbesitzerin angibt, erfahre ich, daß sie zweiundachtzig Jahre und Witwe sei und zum Arzt wolle. Da dieser nicht da war, habe sie sich an die Hauswond gelehnt, um sich für den Frömmig etwas auszurufen. Darauf sie von einem Grünen wegen Bettelei zum Wachtlokal transportiert wurde. Die alte Frau steht ordentlich aus. Gute schwarze Altmelberbüschchen hat sie, und ihr weißer Scheitel glänzt. Aber Gott, wer weiß, vielleicht hat sie doch! gebettelt. Zweiundachtzig und ohne Anhang!

Gerade als ich mich, allmählich stumpfsinnig geworden in der Müdigkeit des stillen Wachtlokals, innerlich auf einen Nachmittag gegenüber dem „Zwangsgehaltene“-Platz vorbereitete, wurde mir mitgeteilt, daß meine Personaten stimmen und daß ich gehen könne.

Das Strafmandat von 5 Mark kam heute morgen.

Ob das Mütterchen wohl auch fünf Mark bezahlen muß?

Oder wird sie in Haft genommen? Aber das ist ja nicht so wichtig.

Durch die Strafen geht der Schrei eines Zeitungsjungen:

„Zwei neue Opfer im Falle Haarman!!!“

Alkoholverbrauch der Völker. Daß die Antialkoholbewegung in den verschiedenen Ländern, mit Ausnahme Amerikas, nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat, geht aus einer Statistik des Alkoholverbrauchs hervor. Was den Bierkonsum anlangt, so stehen die Bayern an der Spitze. Wenn die Statistik recht hat, so trinkt jeder Bayer im Jahre 255 Liter Bier. Wertwürdigerweise steht Holland im Verbrauch von Bier dem klassischen Lande des „Kulmbachers“ und des „Rindener Hofbräu“ nicht viel nach. Es werden dort 207 Liter jährlich für jeden Einwohner berechnet. In England ist eine Erhöhung des Bierkonsums festzustellen. Vor zehn Jahren betrug er jährlich 120, jetzt 148 Liter pro Kopf. Im Verbrauch von Spirituosen steht Deutschland noch immer mit fast 500 Millionen Litern Jahreskonsum an der Spitze. Frankreich verbraucht 300 Millionen Liter, die Vereinigten Staaten haben ihren Spirituosenverbrauch, der früher mehr als 265 Millionen Liter betrug, durch das Alkoholverbot (Prohibitionsgesetz) auf fast Null herabgedrückt. In England ist der Spirituosenverbrauch sehr gering. Auch im Weingenuß nimmt die Spornation den letzten Platz ein. Der Weinverbrauch in England beträgt nur 75 Millionen Liter, während in den Vereinigten Staaten vor dem Alkoholverbot 100 Millionen verbraucht wurden und in Deutschland über 350 Millionen Liter Wein in einem Jahr getrunken werden. Den Vogel schießt aber Frankreich mit über 4000 Millionen Liter Weinkonsum im Jahr ab; es übertrifft die anderen weinverbrauchenden Länder um das Achtfache.

Staatsführungen der Woche. Dienstag: Tribüne: „Biederleute.“ — Freitag: Deutsches Ränker-Theater: „Onkel Bernbach.“ — Samstag: „Geld.“ — Renaissance-Theater: „Heiratsantrag.“

Führung im Museum für Völkerverständnis, Georgenstr. 24. Dienstag, den 28. 1 Uhr, Prof. Früh: „Bühnenbetriebe an der Ostsee- und Nordseeküste.“

Kündigung des Familiennamens nicht mehr zu erteilen sowie die unterstellten Behörden anzuweisen, auch die Genehmigung zur Kündigung des Vornamens Angehöriger der jüdischen Rasse in der Regel zu verweigern.

2. Die Staatsregierung ist zu veranlassen, sofort genaue Erhebungen anzustellen und das Ergebnis raschestens vorzulegen, wo und wieviel Angehörige der jüdischen Rasse sich in Diensten des bayerischen Staates, sei es als Beamte oder als Vertragsangestellte, befinden.

In der mehrstündigen Debatte teilte der Kultusminister mit, daß von den an den 4 bayerischen Hochschulen tätigen 598 Professoren und Privatdozenten insgesamt 29 Juden sich befänden. Das sind 4,8 Prozent.

Der Antrag, der da in München angenommen wurde, verdrängt ganz offensichtlich auch jetzt noch gegen die Grundbestimmung der Verfassung, die einen Unterschied zwischen verschiedenen „Rassen“ innerhalb Deutschlands nicht kennt, wobei die Heidenregierung der Bayerischen Volkspartei nicht zu beneiden ist um die Aufgabe, festzustellen, was „jüdische Rasse“ eigentlich sei! Aber dieser ganze Hofuspokus, den man in München aufführt, sollte endlich mit einem Donnerwetter von dem übrigen Bayern und dem übrigen Deutschland hinweggeschwemmt werden. Wollen diese Leute, die in München solchen Unfug verzapfen, denn Deutschland in der Welt lächerlich machen, nachdem sie es durch den militärischen Spieß, den Hitler-Ludendorff-Ehrhardt dort jahrelang aufgeführt haben, überall verhaßt gemacht haben? Im Reichstag wehlt Regier wegen angeblicher Verfassungsverletzung, weil man den Opfern bayerischer Rachejustiz die Wiederaufnahme des Verfahrens sichern wollte. Und derweilen schlägt man im bayerischen Landtag nicht nur der deutschen Reichsverfassung, sondern einer geschichtlichen Entwicklung klatschend ins Gesicht, ohne eine Spur von Scham zu empfinden. Wie lange soll denn der Zauber noch andauern?

## Schwarz-Rot-Gold in Mannheim. Ein Denkstein für Ludwig Frank.

Mannheim, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im festlich mit den Farben Schwarz-Rot-Gold geschmückten Nibelungenaal im Rosengarten fand gestern abend 8 Uhr unter Beteiligung von gegen 3000 Republikanern die Bannerweihe der Ortsgruppe Mannheim des Bundes der republikanischen Kriegsteilnehmer „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ statt. Auch auswärtige Ortsgruppen aus Karlsruhe, Stuttgart, Pforzheim, Friedrichsfeld u. a. hatten Abordnungen geschickt. Oberbürgermeister Dr. Luppe, der die Festrede hielt, legte dar, daß der Reichsbund weder einer bestimmten Partei oder Klasse dienen, sondern alle Schichten der Bevölkerung zur Pflege des demokratisch-sozialen Ideals vereinigen wolle. Weiter gedachte der Redner der in dem großen Völkerrüstigen gebliebenen Opfer und gab bekannt, daß in Mannheim demnächst ein Denkstein für den gefallenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Frank errichtet werde.

## Zur Kabinettskrise in Polen. Eine Rundgebung Thugutt's.

Warschau, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Mittelpunkt des politischen Lebens steht zurzeit in Polen die durch die Ablehnung des Fortschritts des Leuchters durch den Abgeordneten Thugutt hervorgerufene Krise. Thugutt hat diesen Vorgängen durch eine jeden veröffentlichten Rundgebung eine prinzipielle Bedeutung verliehen. Seine Ausführungen, die in dem Organ seiner Partei „Wyzwolenie“ („Emanzipation“) erschienen sind, kennzeichnen die ganze innen- und außenpolitische Lage Polens mit ungewöhnlichem Mut. Thugutt bekennt, daß er entschlossen war, in das Kabinett Grabiti einzutreten, obwohl es keineswegs eine Linksregierung ist. Er dachte hierbei weder an die Bildung einer Koalitionsregierung, noch an die Parlamentarisierung des Kabinetts, sondern bloß an die gebieterische Notwendigkeit, Polen aus seiner gegenwärtigen verfahrenen Lage herauszuheben.

„Wiewohl die Sanierung der Finanzen erhebliche Fortschritte gemacht hat, befindet sich Polen heute in so schwerer Not, wie etwa zur Zeit der bolschewistischen Invasion. Die wirtschaftliche Lage verschlimmert sich von Tag zu Tag. In den internationalen Beziehungen haben wir mehrere Jahre auf dem weichen Lager mehr oder minder unzulänglicher Verträge laus geschlummert und erwachen heute mit dem Bewußtsein der uns drohenden Gefahr: die uns angeblich schützenden Bündnisse können annulliert werden, und aus der anbrechenden Dunkelheit tönt uns nur das Hochgebrüll unserer Feinde entgegen.“

„Dazu kommen die Mängel unserer Verwaltung, welche durch die Beschränkung des Papieres keine Angelegenheit vom Reich rückt, keinem Mißbrauch steuert. ... Es gibt keinen anderen Ausweg dafür als einen, mit dem man einst das sterbende aeliche Polen gesonnen hat: die Wirtschaft.“

„Man muß daran denken, daß das Herzogtum Warschau nur fünf Jahre und Kongresspolen nur 15 Jahre gedauert haben und dann zugrunde gegangen sind. Die Ursache ihres Falles war nicht nur die Uebermacht des Fremdes, sondern auch das Unzulängliche ihrer Organisation, vor allem der Mangel an starkem Willensgefühl im Verhältnis zum Staat.“

„Wer soll uns aus diesem Kerker herausführen? Die Regierung? Herr Grabiti ist ein vernünftiger und ehrlicher Mann, er kann aber als einziger nicht die Arbeit leisten, für welche 100 Leute kaum genügen würden. Dem Sejm fehlt es nicht an ehrlichem Opfermut in kritischen Augenblicken, er leidet jedoch an häßlicher Ohnmacht. Die Parteien sammeln Kräfte, jedoch nur, um andere an der Arbeit hindern zu können. ... In Polen wollen alle nur in der Opposition sein, niemand will für irgend etwas die Verantwortung übernehmen. Durch bloßes Regieren jedoch kann ein Staat nicht entwideln.“

„Wenn es nun nicht möglich ist, den Sejm zu verbessern, so muß man die Regierung stärken. Nicht durch Bildung von Koalitionen, sondern dadurch, daß man ihr Männer zur Verfügung stellt, die die Not des Staates erfordert, selbst auf die Gefahr hin, daß man diese Männer vorübergehend von ihren Parteien trennt. Wer dies nicht einseht, dem bleibt nur der Weg rücksichtsloser Opposition. Polen ist jedoch ein schlecht organisiertes Land, welches großer und führender Reformen bedarf.“

Nur ein Politiker, der sich so außergewöhnlicher Popularität bei sämtlichen Parteien erfreut, wie Thugutt, konnte den Entschluß fassen, die Notwendigkeit eingreifender Reformen in so rücksichtsloser Weise darzustellen. Diplomatische Routiniers werden sicherlich der Ansicht sein, daß Thugutt in seiner Kritik über die Grenzen des staatsmännlich Erlaubten hinausgegangen ist. Und in der Tat ist es ein seltener Fall, daß eine führende Persönlichkeit noch einer derartigen Rundgebung ihre Beliebtheit nicht einbüßt, sondern von der Regierung und von der Kammer immer neue Beweise des Vertrauens erhält.

## „Beträchtliche Annäherung“.

Paris, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Tatsache, daß für Montag nachmittags eine neue Vollziehung der Londoner Konferenz anberaumt worden ist, wird hier als wichtiges Zeichen angesehen, und einzelne Blätter, wie das „Petit Journal“, glauben versichern zu können, daß im Laufe der zahlreichen Besprechungen des Freitag eine beträchtliche Annäherung der verschiedenen Auffassungen zustande gekommen sei. Auch der „Matin“ will wissen, daß man in der Umgebung Herris die bestimmte Zuversicht habe, im Laufe der kommenden Woche zu einer endgültigen Verständigung zu gelangen. Der Versuch der französischen Regierung, einen Druck auf die amerikanischen Banken ausüben zu wollen durch Verhandlungen mit anderen Finanzgruppen, wird in maßgebenden Kreisen nicht sehr ernst genommen, obwohl man am Freitag von Paris eine Reihe der ersten Bankiers nach London beordert hat.

## Die Frage eines internationalen Garantiepaktes.

Paris, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem „Matin“ wird die Antwort der französischen Regierung auf die Rundfrage des Völkerbundes über die Opportunität eines internationalen Garantiepaktes als Voraussetzung für die allgemeine Abrüstung im Gegensatz zu der der englischen Regierung positiv, d. h. zustimmend sein. Das Blatt teilt mit, daß die Studienkommission des Obersten Rates für die nationale Verteidigung, deren Vorsitzender der sozialistische Abg. Paul Boncour ist, sich einstimmig für Annahme des vom Völkerbund vorgeschlagenen Garantiepaktes ausgesprochen hat. Da dieser Kommission die Ehre des großen Generalstabes von Heer und Marine angehört, steht es außer Zweifel, daß der Oberste Rat selbst und mit ihm die französische Regierung sich das Gutachten der Kommission zu eigen machen werden.

Paris, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem „Quotidien“ spricht sich das von den französischen und englischen Juristen erstattete Gutachten dahin aus, daß die deutschen Delegierten auf dem Fuße einer völligen Gleichberechtigung mit den anderen Delegationen zu den Verhandlungen in London herangezogen werden müssen. Die offizielle Einladung Deutschlands werde wahrscheinlich am Montag ergehen und die Verhandlungen mit Deutschland am Donnerstag beginnen. Damit werde die Konferenz in ihr entscheidendes Stadium eintreten.

London, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ein Vertreter des Bankhauses Morgan hat am Freitag den Vertretern der Presse in London in längeren Erklärungen auseinandergesetzt, daß der Bankwelt nichts ferner liege, als durch ihre Bedingungen für die Anleihe einen Druck auf die alliierten Regierungen ausüben zu wollen. Die Vertreter der Banken seien ein Gutachten für die Anleihe erstattet worden, und den Regierungen stehe es nun frei, die in diesem Gutachten als unerlässlich betrachteten Voraussetzungen für eine Anleihe anzunehmen oder abzulehnen.

## Keine Demission Rollets.

Paris, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die am Freitag auf der Londoner Konferenz verbreiteten Gerüchte, wonach der französische Kriegsminister Rollet mit seinem Rücktritt gedroht habe, falls in der Frage der Kontrolle der strategisch wichtigen Eisenbahnen Frankreich mit seinen Forderungen nicht durchdringe, werden hier kategorisch dementiert.

## Die Geistesverwandten.

Die kommunistische Studentenfraktion entfaltet seit einiger Zeit an der Berliner Universität eine gesteigerte Werbetätigkeit, deren Hauptmerkmal eine fanatische Hege gegen die Sozialdemokratie und ihre Vertreter in der Studentenschaft bildet, eine Hege, die sich überall da, wo die Argumente fehlen, zu persönlichen Anwürfen verdichtet. Hierbei sowohl als auch in ihrer sonstigen Einstellung zeigt sich wieder, wie geistesverwandt Kommunisten und Bolschewisten sind.

Wie sehr die Argumente fehlen, bewiesen unter anderem wieder die Ausführungen, die Frau Ruth Fischer-Gohlke am vergangenen Mittwoch unter der Parole: „Gegen imperialistischen Krieg, gegen imperialistischen Frieden“ vor einer Studentenversammlung machte. Mit einer sehr oberflächlichen Polemik gegen die Annahme des Sachverständigengutachtens verband die Referentin einen in flammenden Worten geführten Kampf gegen den Pazifismus der deutschen Sozialdemokratie und der Regierungen Englands und Frankreichs, womit sie bei den anwesenden bolschewistischen Studenten Beifall fand und fand. Vor der Studentenschaft gegen den Pazifismus kämpfen, heißt gegen Windmühlen kämpfen, denn jedes Kind weiß, daß die Einstellung der Masse der Studenten wirklich alles andere als pazifistisch ist. In der Diskussion zeigte es sich, daß Frau Gohlke mit ihrem oberflächlichen, mit den bekannten gegenstandslosen Revolutionsphrasen durchsetzten Referat die Zuhörerchaft richtig eingeschätzt hatte, wobei man zur Ehre der Studentenschaft bemerken muß, daß nur der kleinere Teil der Versammlung aus Akademikern, die Mehrheit dagegen aus unreifen, teilweise bolschewistisch eingestellten jugendlichen Elementen bestand, auf die sachliche Ausführungen ohne Eindruck blieben. Dr. Kurt Bloch zeigte als erster Diskussionsredner mit scharfem Schwert die Unrichtigkeit und vor allem unmarxistische Darstellung der Referentin. Auf Einzelheiten des Dames-Gutachtens eingehend, erörterte er die sich aus der Annahme des Gutachtens ergebende wirtschaftliche Lage (speziell der Arbeiterschaft, die durchaus keine Verschlechterung darzustellen brauche. Infolge der bekannten Unzulänglichkeit kommunistischer Versammlungsleitung konnte er seine auf wirklicher Sachkenntnis beruhenden Ausführungen nicht beenden, fand aber bei einer Minderheit bekannterer Zuhörer lebhaften Beifall. Weder der kommunistische Abgeordnete Bloch, der ebenfalls in der Diskussion sprach, noch Frau Ruth Fischer im Schlußwort vermochte die aus der Mitte der Versammlung heraus aufgeworfene Frage, was nach einer Ablehnung des Gutachtens geschehen solle, irgendwie befriedigend zu beantworten. — Das Sachverständigengutachten muß überhaupt bei jeder Gelegenheit dazu herhalten, den Kommunisten die in ihrer Taktik vorgesehene Brücke zu den Bolschewisten zu schlagen, und es verdient in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden, was die Kommunisten sich im Studentenparlament leisteten. Nachdem sie schon bei den Wahlen zu dieser lediglich der studentischen Selbstverwaltung dienenden Körperschaft an der Spitze ihres Aufrufes die Ablehnung des Dames-Gutachtens forderten, brachten sie in der ersten Sitzung den Antrag ein, die Studentenschaft möge eine Protestkundgebung gegen die Annahme des Gutachtens beschließen. Als sie das durchsichtige Ziel dieses Antrages, eine Einheitsfront zwischen Bolschewisten und Kommunisten gegen Sozialdemokraten und Demokraten auch hier herzustellen, nicht erreichten, machte sich wie immer ihre Wut Luft in Beschimpfungen gegen die Sozialdemokraten, die in dem durch Trümpfen unterführten Ausruf: „Wie der sozialdemokratische Schweinehund leinert“ den Höhepunkt erreichten.

Trotz alledem gewannen die sozialdemokratischen Studenten an der Universität zunehmenden Einfluß und lassen sich in ihrem positiv gerichteten Kampfe gegen Bolschewisten und Kommunisten durch die vor keiner persönlichen Berührung zurückweichende Kampfweise der Kommunisten nicht entmutigen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Jugendkameradschaft Süd-Ost. Heute abend 7 Uhr Vorstandssitzung bei Herr. Raunhiser 9.

## Der Nachluftverkehr Berlin-Stockholm. Verzögerung der technischen Vorbereitungen.

Wegen Verzögerung der notwendigen technischen Vorbereitungen mußte die Eröffnung des Nachluftverkehrs Berlin-Barnemünde-Stockholm verschoben werden. Inzwischen ist damit zu rechnen, daß die Aufnahme des Verkehrs auf dieser Flugstrecke noch im Laufe dieses Monats erfolgt. Die Zwischenzeit wird bei Tage und bei Nacht sowohl auf der Landstrecke Berlin-Barnemünde, wie auf der Seestrecke Barnemünde-Karlskrona-Stockholm eifrig zu Probe-flügen mit den für diese Linie zur Verwendung kommenden Junkers-Zweimotoren vom Typ A 20 ausgenutzt, um vor allen Dingen die Flugzeugführer auch in der Dunkelheit mit der Strecke vertraut zu machen und um die Brauchbarkeit der an verschiedenen Punkten aufgestellten Orientierungslichter und -zeichen zu erproben. Die Flugzeuge selbst werden nach Art der Schiffe beleuchtet, sie sind mit je einer grünen und roten Positionslaterne aus der Tragflächen und einer weißen Laterne am Heck ausgerüstet. Zur Sicherung der die Ostsee überfliegenden Maschinen werden die Flughäfen Barnemünde und Karlskrona, sobald Flugzeuge auf der Strecke sind, in ständiger funktentelegraphischer Fühlung miteinander bleiben, damit im Falle des Ausbleibens einer Maschine sofort Nachforschungen eingeleitet werden können. Außer Fernerfliegerzeugen stehen hierfür auf deutscher Seite Hochleistungsmotoren des Reichswasserfluges zur Verfügung, und ähnliche Vorkehrungen sind auch seitens der schwedischen Behörden getroffen. Ob die Flugzeuge selbst mit funktentelegraphischen Einrichtungen ausgerüstet werden, steht noch nicht fest, da das Mitführen schwerer Apparate die Betrachtungsmöglichkeit der Maschinen verringern würde. Sowohl die deutsche wie die schwedische Postverwaltung haben sich bereit erklärt, sofort mit der Aufnahme des regelmäßigen Luftpostverkehrs Berlin-Stockholm die Flugzeuge bis zur Grenze ihrer Tragfähigkeit mit Postfrachten zu versehen. Jede Maschine wird ungefähr 125 Kilogramm Post aufnehmen können.

## Reichsbanner und Reichsflagge.

Mehrere rechtsstehende Berliner Blätter veröffentlichten in der Morgenausgabe des 25. Juli d. J. eine gleichlautende Notiz, wonach ein Trupp der Wilmersdorfer Organisation der „Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold“ in eine Abendführung der Wilmersdorfer Deutschen Nationalen Volkspartei eingedrungen sei, um sie zu sprengen. Es wird dort behauptet, daß einige Mitglieder der „Reichsflagge“ erklärten, die Polizei könne ihnen gar nichts tun, da das Ministerium des Innern sie „unter den Schutz der Schupo“ gestellt habe. Dazu schreibt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes:

„Die Notiz ist unklar. Eine „Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold“ gibt es nicht, wohl aber eine völlige Organisation Reichsflagge. Aus den Kommentaren der rechtsstehenden Blätter geht aber hervor, daß das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gemeint sei. Demgegenüber erklärt der Amtliche Preussische Pressedienst, daß die Mitglieder dieser Organisation nicht unter den Befehlen der Schupo gestellt sind; die Schupo hat sich für den Schutz aller Bürger einzusetzen. Da in der Notiz selbst gesagt wird, daß im Anschluß an die beabsichtigte Sprengung einige Verhaftungen vorgenommen worden sind, wird jene angebliche Behauptung von selbst auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Ebenso unrichtig ist die angebliche Behauptung, daß das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ vom 1. August d. J. an offiziell das Recht habe, öffentlich Waffen zu tragen.“

## Ein Zigarrengeschäft ausgeraubt.

Ein großer Einbruch wurde an der Ecke der Wilmersdorfer und Kommen-Straße verübt, wo sich eine Zigarrenhandlung von Grimm befindet. Weil diese aber durch ein eisernes Gitterwerk so gesichert ist, daß man von außen her nicht eindringen kann, so erbrachen die Diebe das leichter zu bewältigende Schloß einer neben an gelegenen Bäckereifiliale, in der nachts niemand ist, durchbrachen von dort aus eine Kabinwand und gelangten so in den Zigarrenladen. Sie stahlen für mehrere 1000 Mark Zigarren und Zigaretten. Die Diebstahle dieser Art häufen sich in der letzten Zeit, weil die Verbrecher außer für Stoffe heute nur noch für Zigarren und Zigaretten leicht Abnehmer finden. Auf die Ergreifung der Täter und die Wiederbeschaffung der Ware ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Brodowicz, Dienststelle B. I. 11, im Polizeipräsidium entgegen.

## Großes Schadenfeuer in Amsterdam. Die Stadt vom Feuer bedroht?

Aus Amsterdam wird gemeldet, daß in den Fabrikanlagen der niederländischen Petroleum- und Asphaltgesellschaft ein großes Feuer entstanden ist. Ein großer Petroleumbehälter fing Feuer und explodierte. Andere Behälter sind gleichfalls in die Luft geflogen. Der Schaden wird vorläufig auf mehrere 100 Millionen Gulden veranschlagt. Amsterdam soll von dem Feuer bedroht sein, da die Feuerwehr nicht in der Lage ist, des Brandes Herr zu werden. Ob es Tote und Verwundete bei diesem Unglück gegeben hat, ist noch nicht einwandfrei festgestellt.

## Das Unwetter am Bodensee.

Je mehr Berichte aus Lindau, aus der Bodensee-gegend und aus dem Allgäu eintreffen, um so katastrophaler stellt sich das Unwetter vom vergangenen Dienstag dar. In den Allgäuer Wäldern sieht es aus, als ob sie stundenlang von Artilleriefeuer beschossen wären. In der Umgebung von Repten kam zu dem Sturm auch noch der Hagel und vernichtete das Sommer- und Wintergetreide. In der schweizerischen Bodensee-gegend gleichen die Obstgärten wahren Schlachtfeldern. Der Hagel fiel stellenweise 30 Zentimeter hoch. Ganze Wälder wurden auch auf dem schweizerischen Ufer durch den Sturm umgeweht.

Eine Familientragödie. Aus Oberburg bei Burgdorf (Schweiz) kommt die Meldung, daß hier der 45jährige Fabrikarbeiter Ruch auf seine drei etwas geisteskranken Kinder, die im Alter von 7, 8 und 10 Jahren steben, mehrere Revolvergeschosse abgegeben hat, worauf er sich durch einen Schuß in den Mund tötete. Die Kinder wurden mit schweren Brust- und Bauchschüssen in das Bezirkskrankenhaus gebracht, wo sie noch kurzer Zeit verschieden.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Stimmlich kühl und überwiegend bewölkt mit Neigung zu Regenschauern.  
Deutschland: Überall kühl, in den westlichen Gegenden regnerisch, im Westen leichte Besserung.

## Arbeitersport.

### Städtekampf im Ringen.

Eine interessante Begegnung im Ringen findet heute, Sonntag, den 26. Juli, in Charlottenburg, Alexies-Park 14, Berliner Str. 88, statt. Es kämpfen die erste Mannschaft des Sportklub „Libertas“, R. d. H. H. B. Charlottenburg, gegen den Sportklub „Eichenlaub“, Briesau. Da der Sportklub „Eichenlaub“ bei den jetzt beendeten Serienkämpfen als erster die Kreismeisterwürde errang, so ist er als der beste Vertreter Schlesiens anzusehen. Auf dieselben Erfolge kann auch der Sportklub „Libertas“ zurückblicken. In der Kreismeisterschaft von Brandenburg 1923/24. Oben 1924 wollte Sportklub „Libertas“ in Briesau und kämpfte u. a. auch mit „Eichenlaub“, machte sich jedoch mit Unentschieden begnügen. Dieses Resultat wollen die Berliner jetzt korrigieren. Der Kampf findet in 6 Klassen statt und gehen folgende Paare auf die Matte: Im Kantengewicht Jandrosch-Breslau gegen Albert Sind-Berlin; im Federgewicht Bischer-Breslau gegen Berlin gegen Sambl-Berlin; im Leichtgewicht Bar-Woll-Breslau gegen Karl Beron-Berlin; im Halbschwergewicht Ruff-Breslau gegen Kurt Wogan-Berlin; im Schwergewicht Bergolla-Breslau gegen Fritz Wogan-Berlin. Außerdem findet ein Jiu-Jitsu-Kampf in 6 Klassen der Jiu-Jitsu-Abteilung des Sportklub „Libertas“ gegen den Sportklub „Turia“, Berlin, statt. Anfang der Kämpfe 9 Uhr abends.

